



Rathaus

Umschau

Donnerstag, 17. Dezember 2020

Ausgabe 243

ru.muenchen.de

Als Newsletter oder Push-Nachricht

unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

Meldungen	2
› Corona-Krise belastet den Münchner Haushalt sehr	2
› Sozialreferat sucht Immobilien zur Unterbringung Wohnungsloser	3
› München Tourismus sucht Kooperationspartner für Stadtführungen	5
Antworten auf Stadtratsanfragen	6
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Meldungen

Corona-Krise belastet den Münchner Haushalt sehr

(17.12.2020) Der Stadtrat hat in der Vollversammlung vom 16. Dezember die von Stadtkämmerer Christoph Frey vorgelegte Haushaltsplanung 2021 sowie die Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2024 beschlossen. Ebenso wurde beschlossen, das Mehrjahresinvestitionsprogramm (MIP 2020-2024) mit sinnvollen Einsparungen fortzuschreiben. Dies sichert die nötigen Investitionen in die Zukunft der Stadt und sorgt für konjunkturelle Impulse.

Zum Entwurf des Schlussabgleichs für den Haushalt 2021

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie prägen weiterhin die Haushaltsplanung der Landeshauptstadt. Da die Corona-Krise in der zweiten Jahreshälfte an Fahrt aufgenommen hat und die Auswirkungen auf das konjunkturelle Umfeld sowie die finanzielle Lage der Landeshauptstadt München immer gravierender werden, hat Stadtkämmerer Christoph Frey dem Münchner Stadtrat weiterreichende Sparmaßnahmen vorgeschlagen, um auch in Zukunft einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen zu können und die Nettoneuverschuldung zu begrenzen.

Ergebnishaushalt 2021

Im Ergebnishaushalt vermindern sich die Erträge (einschließlich Finanzerträge) gegenüber dem Haushaltsplanentwurf von 7,4 Milliarden Euro um 405 Millionen Euro auf 7,0 Milliarden Euro. Dies ist in erster Linie dem Wegfall der ursprünglich veranschlagten Gewinnabführung der Stadtwerke München (SWM) GmbH in Höhe von 186 Millionen Euro, der Reduzierung des Gewerbesteueransatzes um 170 Millionen Euro und dem um 50 Millionen Euro verminderten Ansatz für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer geschuldet.

Die Aufwendungen im konsolidierten Ergebnishaushalt nehmen um 55 Millionen Euro auf 8,1 Milliarden Euro zu. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Corona-bedingten Zusatzaufwendungen mit einem Volumen von rund 47 Millionen Euro zu nennen.

Der bisher ausgewiesene Fehlbetrag in Höhe von 685 Millionen Euro steigt infolge dieser Entwicklung um 460 Millionen Euro auf 1,145 Milliarden Euro.

Finanzhaushalt 2021

Im Schlussabgleich 2021 wird mit Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von rund 6,6 Milliarden Euro und mit Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von rund 7,2 Milliarden Euro gerechnet. Demnach errechnet sich ein Fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe 564 Millionen Euro. Die im November und Dezem-

ber 2020 beschlossenen Ausweitungen konnten bei der Erstellung des Schlussabgleichs noch nicht berücksichtigt werden, lassen das Defizit aus laufender Verwaltungstätigkeit aber auf über 600 Millionen Euro steigen.

Investitionsvolumen weiter auf hohem Niveau

Das Investitionsvolumen ist im Mehrjahresinvestitionsprogramm 2020-2024 mit knapp über 8,9 Milliarden Euro angesetzt und bleibt damit auf einem hohen Niveau. Schwerpunkte bilden auch weiterhin die Investitionen in den Neu- und Umbau von Schulen (3,686 Milliarden Euro) und Kinderbetreuungseinrichtungen (364 Millionen Euro) und den Wohnungsbau (1,408 Milliarden Euro).

Pro-Kopf-Verschuldung steigt

Zur Finanzierung dieser Investitionsmaßnahmen muss die Landeshauptstadt München nach einer starken Entschuldung von über 2,5 Milliarden Euro in den Jahren 2006 bis 2020 nun erneut eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 1,32 Milliarden Euro für das Jahr 2021 einplanen. Demnach steigt der Schuldenstand der Landeshauptstadt München auf rund 3,1 Milliarden Euro an. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt dann zirka 2.012 Euro. Um einem weiteren Anstieg des Schuldenstandes bis Ende 2024 auf rund 7,303 Milliarden Euro vorzubeugen, schlägt Stadtkämmerer Christoph Frey bis 2024 verschiedene Maßnahmen vor, um einen Schuldenkorridor von rund 6 Milliarden Euro zu erreichen:

- Jährliche Einsparungen in Höhe von zirka 200 Millionen Euro im konsumtiven Bereich und keine Personalbudgetausweitungen (ausgenommen Tarifsteigerungen usw.)
- Reduzierung der Investitionen um jährlich 300 Millionen Euro

„Wir erleben eine der schwersten Krisen seit der Nachkriegszeit, die auch im städtischen Haushalt tiefe Spuren hinterlassen wird. Angesichts einbrechender Gewerbesteuererträge bei Corona-bedingt weiter steigenden Aufwendungen und einem Investitionsvolumen auf sehr hohem Niveau droht uns der nicht genehmigungsfähige Haushalt und eine Zwangsverwaltung durch die Regierung von Oberbayern. Deshalb müssen nun alle Ausgaben kritisch geprüft und klare Prioritäten gesetzt werden. Gleichwohl investieren wir weiter in die Zukunft unserer Stadt, denn Investitionen sind wichtig für eine gute Infrastruktur der Stadt, stärken die örtliche Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze“, erklärt Christoph Frey, Stadtkämmerer der Landeshauptstadt München.

Sozialreferat sucht Immobilien zur Unterbringung Wohnungsloser

(17.12.2020) Das Sozialreferat ruft Institutionen und Unternehmen mit großem Immobilienbesitz im Stadtgebiet München auf, ihre Immobilien der Stadt für die Unterbringung wohnungsloser Haushalte zur Verfügung zu stellen. Sozialreferentin Dorothee Schiwy hat sich in einem entsprechenden Schreiben unter anderem direkt an die Kirchen und große Immobilien-

unternehmen gewandt, sowie ergänzend an den Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband, um auf die veröffentlichten Ausschreibungen des Sozialreferates zur Akquise geeigneter Objekte aufmerksam zu machen.

Bürgermeisterin Verena Dietl: „Die Corona-Pandemie stellt uns alle, auch das Sozialreferat der Stadt München, vor große Herausforderungen. Die Akquise neuer Unterkünfte zur Unterbringung wohnungsloser Haushalte wird von Jahr zu Jahr schwieriger. Gleichzeitig müssen wir davon ausgehen, dass aufgrund der schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen des anhaltenden Pandemie-Geschehens die Zahl der Bürger*innen, die auf eine Unterbringung durch die Stadt angewiesen sein werden, in den nächsten Monaten ansteigt.“

Um unter diesen Rahmenbedingungen handlungsfähig bleiben zu können, sucht das Sozialreferat derzeit intensiv nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten und appelliert an Institutionen und Unternehmen, die entsprechende Immobilien zur Verfügung haben, sich zu melden.

Sozialreferentin Dorothee Schiwy: „Eine solche Kooperation hat für beide Seiten Vorteile. Sie gewinnen eine zuverlässige Vertragspartnerin und langfristige Mieterin. Wir als Stadt können durch Ihre Hilfe den sozialen Frieden in unserer Stadt sichern und unserer kommunalen Pflichtaufgabe nachkommen.“

Grundsätzlich bietet die Landeshauptstadt München zwei Möglichkeiten der Zusammenarbeit: Die Akquise von Objekten zur Unterbringung (Beherbergungsbetriebe, Hotels etc.), deren Eigentümer oder Mieter die Einrichtungsführung der Unterkunft selbst übernimmt, erfolgt mittels Ausschreibungen. Derzeit laufen drei Vergabeverfahren, auf die sich interessierte Unternehmen bewerben können. Die Unterlagen, die nähere Informationen zu den Anforderungen und Eckpunkten der Ausschreibung beinhalten, finden Interessenten auf der deutschen Vergabepattform [dtp.de](https://www.dtv.de). Im Falle einer Bereitstellung und der Betriebsführung aus einer Hand erhält der Betreiber keinen pauschalen Mietpreis, sondern ein Entgelt pro Bettplatz.

Die zweite Möglichkeit der Zusammenarbeit stellt die Bereitstellung von Immobilien über einen entsprechenden Mietvertrag dar. Die Betriebsführung der Objekte übernimmt in diesen Fällen die Stadt mit eigenem Personal oder in Zusammenarbeit mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege. Für eine Anmietung kommen Objekte im Stadtgebiet München in Frage, die eine Beherbergung von zirka 50 bis 200 Personen ermöglichen – entweder in abgeschlossenen Appartements oder in Zimmern mit Gemeinschaftsküchen und -sanitäreinrichtungen. Angeboten werden können nicht nur bezugsfertige Bestandsobjekte, sondern auch Gebäude, die erst durch Umbaumaßnahmen die Voraussetzungen zur Unterbringung wohnungsloser Haushalte erfüllen. Angestrebt werden mittel- bis langfristige Mietverträge



von fünf bis 15 Jahren. Auch kürzeren oder längeren Zeiträumen steht das Sozialreferat aber offen gegenüber.

Interessierte Institutionen und Unternehmen können sich per E-Mail an info-objektplanung.soz@muenchen.de mit konkreten Angeboten aber auch mit Fragen an die Fachplanung Unterbringung des Sozialreferats wenden.

München Tourismus sucht Kooperationspartner für Stadtführungen

(17.12.2020) Gibt es eine bessere Möglichkeit, eine Stadt, ihre Geschichte und Geschichten kennenzulernen, als durch einen Rundgang mit einem kompetenten Guide? Auch Einheimische und andere München-Kundige erfahren dabei noch viel Neues.

Damit noch mehr Gäste in den Genuss von qualitativ hochwertigen Führungen kommen, sucht München Tourismus, zusätzlich zu den eigenen offiziellen Gästeführerinnen und Gästeführern, nach einem fachkundigen Kooperationspartner. Dessen Tour-Angebote möchte München Tourismus an den Tourist Informationen im Rathaus am Marienplatz und am Hauptbahnhof, Luisenstraße 1, sowie online über einfach-muenchen.de/guides verkaufen.

Der Kooperationszeitraum reicht vom 1. April 2021 bis zum 31. März 2023 mit einer Verlängerungsoption um ein Jahr.

Detaillierte Informationen zu den Kooperationskriterien finden sich unter <https://t1p.de/RAW-Tourismus>.

Bis zum 18. Januar 2021 können sich interessierte Unternehmen bewerben.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 17. Dezember 2020

Verkehrspakt mit der Region

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sabine Bär, Ulrike Grimm, Hans Hammer, Manuel Pretzl, Sebastian Schall und Professor Dr. Hans Theiss (CSU-Fraktion) vom 26.6.2020

Wichtige Verkehrsprojekte finanzieren – Die Staatsregierung in die Pflicht nehmen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Nicola Holtmann, Dirk Höpner, Hans-Peter Mehling, Tobias Ruff und Rudolf Schabl (Fraktion ÖDP/FW) vom 21.7.2020

Verkehrspakt mit der Region

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sabine Bär, Ulrike Grimm, Hans Hammer, Manuel Pretzl, Sebastian Schall und Professor Dr. Hans Theiss (CSU-Fraktion) vom 26.6.2020

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk:

Im vorliegenden Antrag fordern Sie Herrn Oberbürgermeister Reiter auf, auf das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr zuzugehen, mit dem Angebot an Frau Verkehrsministerin Schreyer beim „Verkehrspakt Großraum München“ gemeinsam die größtmöglichen Anstrengungen für die Aktivitäten des Verkehrspaktes zu unternehmen.

Der Intention Ihres Antrags entsprechend wurden von Herrn Oberbürgermeister Reiter bereits die gewünschten Schritte unternommen.

Zu Ihrem Antrag vom 26.6.2020 teilt Ihnen das Referat für Stadtplanung und Bauordnung daher Folgendes mit:

Auch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung ist, so wie Sie es in Ihrem Antrag formuliert haben, davon überzeugt, das weitere Wachstum in der gesamten Region nur durch eine enge und intensive Zusammenarbeit mit der Region positiv gestalten zu können. Die Landeshauptstadt München setzt diesbezüglich bereits sehr viele Projekte um, um in enger Kooperation mit dem Freistaat, den Kommunen der Region sowie dem Münchner Verkehrsverbund den durch das Bevölkerungswachstum bedingten Anstieg der Verkehrsnachfrage positiv zu gestalten und zu steuern. So wird dem Stadtrat noch im Dezember 2020 ein weiterer Baustein des Nahverkehrsplans zur Beschlussfassung vorgelegt (Sitzungsvorlagen-Nr. 20-26/V 01848). Desweiteren wird kontinuierlich an den Projekten weiter gearbeitet, die die vom Stadtrat beschlossene Verkehrswende zur Zukunft der Mobilität in München schrittweise umsetzen. Mit der Internationalen Bauausstellung – IBA „Räume der Mobilität“, die wir aktuell mit der Metropolregion München vorbereiten, wollen wir die Mobilität in der gesamten Metropolregion entscheidend vorwärtsbringen.

Die Landeshauptstadt München und das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr stehen im Rahmen zahlreicher Projekte in engem Kontakt. Über den „Verkehrspakt Großraum München“ als besonders wichtiges gemeinsames Projekt ist die Landeshauptstadt München bereits in die Bearbeitungsprozesse integriert und gestaltet die Arbeit an den wichtigen Mobilitätsthemen aktiv mit. Um die Zusammenarbeit und die guten Fortschritte im Rahmen des Verkehrspaktes weiter zu stärken und



zu verstetigen, ergriff Herr Oberbürgermeister Reiter bereits mit Schreiben vom 2.12.2019 an den damaligen Staatsminister Herrn Reichhart die Initiative. Dabei wurde vorgeschlagen, dass der Freistaat zur intensiveren Bearbeitung des Verkehrspaktes weitere finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stellt, um die Konkretisierung der angedachten Projekte voranzutreiben. Auch Herr Landrat Niedergesäß wandte sich bereits im November 2019 in seiner Funktion als Sprecher der MVV-Verbundlandkreise mit gleicher Intention an das Ministerium. Beide Schreiben wurden positiv vom Ministerium aufgegriffen, ohne jedoch dass sich die Rahmenbedingungen für den Verkehrspakt positiv verändert hätten. Die genannten Schreiben lassen wir Ihrer Fraktion mit Beantwortung Ihres Antrags zur Kenntnis zukommen.

Nachdem zwischenzeitlich ein personeller Wechsel von Herrn Dr. Reichhart hin zur nun amtierenden Frau Staatsministerin Schreyer stattgefunden hat, wird Herr Oberbürgermeister Reiter das Thema auch ihr gegenüber ansprechen.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Wichtige Verkehrsprojekte finanzieren – Die Staatsregierung in die Pflicht nehmen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Nicola Holtmann, Dirk Höpner, Hans-Peter Mehling, Tobias Ruff und Rudolf Schabl (Fraktion ÖDP/FW)
vom 21.7.2020

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk:

Mit dem vorliegenden Antrag beauftragen Sie den Oberbürgermeister, ein Stadtratshearing zum Thema „Wichtige Verkehrsprojekte der Landeshauptstadt München – Finanzierung darstellen“ noch im Jahr 2020 einzuberufen und hierzu zahlreiche Akteure aus finanzierungsrelevanten Ressorts der Landes- und Bundesebene einzuladen.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat der Intention Ihres Antrags zur Klärung finanzierungsrelevanter Fragen mit den angesprochenen Akteuren entsprechend – zahlreiche Handlungen bereits unternommen bzw. plant bereits zusätzliche Schritte in weiteren Zusammenhängen.

Zu Ihrem Antrag vom 21.7.2020 teilt Ihnen das Referat für Stadtplanung und Bauordnung mit folgenden Ausführungen daher mit, dass Ihrem Antrag bereits entsprochen wurde:

Der Auftrag für eine Einbindung der im Antrag angesprochenen Akteure ist bereits im Zuge der Erarbeitung des Mobilitätsplans für München (Mobi-Muc) vorgesehen. Im Rahmen der Beschlussfassungen zum Mobilitätsplan (s. zuletzt im Rahmen der Sitzungsvorlagen-Nr. 14-20/V 17371, Beschluss der Vollversammlung vom 19.2.2020) wurde die Stadtverwaltung bereits beauftragt, im Rahmen der Bearbeitung und Erstellung des Mobilitätsplans relevante Akteure in den Prozess miteinzubeziehen. Da im Mobilitätsplan auch ein Umsetzungs- und Finanzierungskonzept zu den zukünftig geplanten Maßnahmen aller Handlungsfelder der Mobilität zu entwickeln und mit allen zuständigen Instanzen abzustimmen ist, wird dem Anliegen des Antrags bereits inhaltlich zielführend und umfassend Rechnung getragen. Dies betrifft sowohl das Anliegen der Einbindung des Bayerischen Verkehrsministeriums und Finanzministeriums, als auch der Einbindung des Bundesverkehrsministeriums und Bundesfinanzministeriums, im Rahmen der Zuständigkeiten für die Finanzierung des ÖPNV.

Darüber hinaus hat sich mit Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates zur weiteren U-Bahn-Planung vom 23.1.2019 (Sitzungsvorlagen Nr. 14-20/V 12213) die Landeshauptstadt München auf umfangreiche U-Bahn-Planun-

gen in zwei Prioritäten festgelegt. Insbesondere mit der in der höchsten Priorität A eingestuften „U-Bahn-Entlastungsspanne U9“ (Impler/Pocci-straße – Hauptbahnhof – Münchner Freiheit – Dietlindenstraße) soll der ÖPNV im Hinblick auf die Überlastungserscheinungen im Innenstadtbereich noch deutlich leistungsfähiger werden.

Auf Grundlage des Anfang 2020 beschlossenen Dritten Gesetzes zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG), das an vielen Stellen deutliche Verbesserungen bei der Finanzierung der kommunalen ÖPNV-Vorhaben enthält, und vor dem Hintergrund der erfolgten Erhöhung der Bundesfinanzhilfen ist die Finanzierung der U-Bahn-Maßnahmen zu gegebener Zeit durch die Landeshauptstadt München gemeinsam mit dem Freistaat Bayern und dem Bund sicher zu stellen.

Die Landeshauptstadt München sowie die Landkreise und Umlandgemeinden und das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr erarbeiten zudem bereits gemeinsam nachhaltige Verkehrslösungen für die Stadt und Region im Rahmen des geschlossenen „Verkehrspakts Großraum München“. In diesem Zusammenhang hat Herr Oberbürgermeister Reiter bereits mit Schreiben vom 2.12.2019 an den damaligen Staatsminister Herrn Reichhart das Anliegen adressiert, dass der Freistaat zur intensiveren Bearbeitung des Verkehrspaktes weitere finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stellt, um die Konkretisierung der angedachten Projekte voranzutreiben. Auch Landrat Herr Niedergesäß wandte sich bereits im November 2019 in seiner Funktion als Sprecher der MVV-Verbundlandkreise mit gleicher Intention an das Ministerium. Beide Schreiben wurden positiv vom Ministerium aufgegriffen. Im Rahmen der Schreiben an das Ministerium wurden die Themen „Finanzierung“ bereits angemeldet und werden in diesem Rahmen mit den entscheidenden Akteuren in den nächsten Sitzungen geklärt.

Sobald in allen Betätigungsfeldern zum ÖPNV-Ausbau in Stadt und Region diskussionswürdige Grundlagen erarbeitet wurden, werden diese selbstverständlich dem Stadtrat zur umfassenden Auseinandersetzung und Diskussion zur Verfügung gestellt.

Zu den in der Begründung des o.g. Antrags genannten ÖV-Projekten können folgende aktuelle Sachstände mitgeteilt werden:

Frau Staatsministerin Schreyer hat mit Schreiben vom 11.6.2020 Herrn Oberbürgermeister Reiter mitgeteilt, dass die Untersuchungen im Rahmen der Machbarkeitsstudie zur Fortschreibung des Programms „Bahnausbau Region München“ zu einer positiven Bewertung eines S-Bahn-Haltepunk-

tes Berduxstraße geführt hätten. Der Freistaat sei bereit, die Planung und Realisierung des S-Bahnhalts gemeinsam mit der Landeshauptstadt voranzubringen, wenn sich die Landeshauptstadt auch finanziell an der Hälfte der Kosten in Höhe von 14 Mio. Euro beteilige. In einem nächsten Schritt seien bei der Deutschen Bahn Planungsleistungen bis einschließlich zur Planfeststellung zu beauftragen, wobei sich die Kosten voraussichtlich auf rund 2 Mio. Euro belaufen.

Aus Sicht der Landeshauptstadt München ist das Ergebnis der Untersuchungen sehr zu begrüßen, da der verkehrlichen Erschließung des Entwicklungsgebietes Paul-Gerhardt-Allee mit dem Ziel einer möglichst weitgehenden Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel eine besondere Bedeutung zukommt. Dem entsprechend hat Herr Oberbürgermeister Reiter Frau Staatsministerin Schreyer aktuell mit Schreiben vom 15.9.2020 mitgeteilt, dass die Landeshauptstadt München grundsätzlich bereit ist, die Planung und Realisierung des S-Bahn-Haltepunktes Berduxstraße fachlich zu unterstützen. Eine finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt München ist zur derzeitigen Situation noch nicht abschließend gesichert und wird in den nächsten Schritten im Kontext der städtischen Finanzlage weiter geklärt.

Im Rahmen der o.g. im Auftrag des zuständigen Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr laufenden umfassenden Machbarkeitsstudie zur Fortschreibung des Programms „Bahnausbau Region München“ werden derzeit zahlreiche weitere S-Bahn-Vorhaben untersucht. Dazu gehören auch die in der Antragsbegründung genannten Maßnahmen DB-Nordring und S-Bahn-Südring. Im Falle positiver Untersuchungsergebnisse wäre auch hier über die möglichen Realisierungsschritte und deren Finanzierung zu entscheiden.

Bereits mit Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 25.7.2018 zum „Ausbau Bahnknoten München“ (Sitzungsvorlagen Nr. 14-20/V 11107) hat die Landeshauptstadt München ihre grundsätzliche Haltung insbesondere auch zum Ausbau des DB-Nordrings und zum S-Bahn-Südring formuliert.

Vor dem Hintergrund der dargestellten zahlreichen bereits stattfindenden und geplanten Abstimmungen zum Thema Finanzierung im Rahmen des ÖPNV-Ausbaus (laufend in den jeweiligen Projekten) und der Erarbeitung des Mobilitätsplans für München (nächste Beschlussfassung im ersten Halbjahr 2021 geplant) und auch der Region im Rahmen des Verkehrspaketes Großraum München (aktuelle Bestrebungen einer kurzfristigen Intensivierung des Projekts in den kommenden Monaten), sowie der regulär vorgeschriebenen und vorgesehenen Einbindung des Stadtrates (ständig



im Rahmen der zahlreichen Beschlussfassungen im Thema Mobilität), des Freistaats Bayern und des Bundes, wird dem Anliegen des Antrags bereits umfassend Rechnung getragen. Darüber hinaus können vor dem Hintergrund des Pandemiegeschehens sowie der knappen Personalkapazitäten derzeit keine zusätzlichen Diskussionsplattformen in Form eines kurzfristigen Stadtratshearings organisiert werden. Wir freuen uns, dass wir durch die dargestellten Projekte und Formate der Intention Ihres Antrags dennoch entsprechen können und die Belange der Landeshauptstadt München zukünftig noch deutlicher als bisher schon in den Abstimmungsprozess mit den finanzierungsrelevanten Akteuren sowohl in den angeführten Projektbeispielen als auch auf allen anderen Formaten und Ebenen einbringen.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Donnerstag, 17. Dezember 2020

Amtsraumschmuck der LH München

Anfrage Stadträte Leo Agerer und Winfried Kaum (CSU-Fraktion)

Mehr Mehrweg! Der Weg für ein sauberes und umweltfreundliches und klimaneutrales München – Circular Munich now 3!

Antrag Stadträtinnen Sonja Haider und Nicola Holtmann (Fraktion ÖDP/FW)

ANFRAGE

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



17.12.2020

Amtsraumschmuck der LH München

Die LH München hat viele Werke von namhafteren und weniger bekannten Künstlern im Bestand. Informationen dazu sind nur relativ spärlich vorhanden.

Daher fragen wir den Oberbürgermeister Dieter Reiter:

1. Wie viele Kunstwerke zur Ausschmückung der Amtsräume (Amtsraumschmuck) der Stadt München befinden sich im Eigentum der Stadt München?
2. Ist der im Eigentum der Stadt München befindliche Amtsraumschmuck inventarisiert bzw. wie viele Kunstwerke sind inventarisiert?
3. Ist der Amtsraumschmuck fotografisch dokumentiert?
4. Wo wird der Amtsraumschmuck gelagert, wenn er keine Verwendung findet?
5. Wie viele der im Eigentum der Stadt München stehenden Kunstwerke sind an Behörden, Krankenhäuser, Schulen etc. verliehen?
6. Ist dokumentiert, wo sich der verliehene Amtsraumschmuck befindet?
7. Wer verwaltet den Amtsraumschmuck?
8. Wie ist das Verfahren, wenn eine Behörde, Behördenleiter Amtsraumschmuck ausleihen will? Kann er den gewünschten Amtsraumschmuck im Depot auswählen oder erfolgt die Auswahl anhand eines Bestandskatalogs?
9. Ist sichergestellt, dass für wissenschaftliche Arbeiten bzw. Forschungsprojekte die Kunstwerke Kunsthistorikern zur Verfügung stehen? Können Kunsthistoriker/Nachlassverwalter zur Erstellung von Werkverzeichnissen bzw. für wissenschaftliche Forschungsarbeiten die Kunstwerke begutachten bzw. ausleihen?

Im Rahmen der Beantwortung der obigen Fragen wird gebeten, die zur Verfügung stehenden Inventarlisten etc. mit zu veröffentlichen.

Leo Agerer (Initiative)
Stadtrat

Winfried Kaum
Stadtrat



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 17.12.2020

Antrag:

Mehr Mehrweg! Der Weg für ein sauberes und umweltfreundliches und klimaneutrales München – Circular Munich now 3!

Die LHM fördert Mehrwegsysteme für Mitnahmegerichte und -getränke durch:

- Anschubfinanzierung bei der Umstellung von Einweg auf Mehrweg für die Gastronomie
- Kommunale Verbrauchsabgabe auf Einwegverpackung und -geschirr
- Mehrweggebote auf Veranstaltungen
- Stadtweite Marketingkampagne zur Vermittlung der Vorteile von Mehrweg-To-Go

Begründung:

Die Wertstoffinseln und Mülleimer in der LHM quellen über, Plastikmüll schadet der Tier- und Pflanzenwelt. Für die wasser- und fettabweisende Beschichtung von Lebensmittelverpackungen werden per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen, kurz PFAS verwendet. Diese Stoffe, sind nicht abbaubar und werden über Luft und Wasser rund um die Erde transportiert. Sie „greifen oft in Ökosysteme ein und können Pflanzen, Tiere und Menschen schädigen.“¹ Die brisante Ressourcenverschwendung der Wegwerfverpackung liegt auf der Hand. Darüber hinaus führt weniger Müll zu Einsparungen bei den Kosten der Müllbeseitigung.

Jedes Jahr werden bei den Einweg-Verpackungen neue traurige Rekordwerte aufgestellt. Corona hat dieses Problem offensichtlich weiter befeuert, und auch deshalb ist es an der Zeit, dass die Stadt München die Gastronomie auf dem Weg zu einem Zero-Waste-Angebot unterstützt. Auch das verstärkte Aufkommen von Bio-Einweg-Verpackungen kann das Müll- und Ressourcenproblem nicht lösen. Gleichzeitig befindet sich die Mehrwegquote bei Getränkeverpackungen seit Jahrzehnten im Tiefflug. Die Einführung unkomplizierter finanzieller Anreize für die

¹

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2546/publikationen/uba_sp_pfas_web.pdf

Gastronomie und die Sensibilisierung der Bürger hinsichtlich der Vorteile von Mehrweg wird zu einer wirksamen und zügigen Stärkung der Mehrwegsyste­me führen - bevor die Verbrauchergewohnheiten zu stark in Richtung Einweg geprägt sind. Als Vorbild soll die Kommune Tübingen mit ihren Förderrichtlinien² dienen. Der Vorteil eines ähnliches Systems ist eine Minimierung von Verwaltungsaufwand in der Wirtschaft durch länderübergreifend ähnliche Förderungen.

Initiative:

Nicola Holtmann
umweltpolitische Sprecherin
Stadträtin

Sonja Haider
Stadträtin

² https://www.tuebingen.de/Dateien/formular_foerderrichtlinien_mehrweggeschirrsystem.pdf

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Donnerstag, 17. Dezember 2020

**Stadtratsbeschluss: Ausbauoffensive Erneuerbare
Energien soll nach 2025 weitergeführt werden**

Pressemitteilung SWM

(teilweise voraus)

Stadtratsbeschluss: Ausbauoffensive Erneuerbare Energien soll nach 2025 weitergeführt werden

(17.12.2020) Die Vollversammlung des Stadtrats hat am Mittwoch beschlossen, die SWM Ausbauoffensive Erneuerbare Energien über 2025 hinaus weiterzuführen und anzupassen.

Bislang galt: Die SWM wollen bis 2025 so viel Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen, wie ganz München verbraucht, nämlich ca. 7 Terrawattstunden (TWh). Da in den nächsten Jahren mit einem deutlich wachsenden Strombedarf zu rechnen ist, wird das Ziel nun entsprechend angepasst. Bis 2035 sollen bis zu 8,4 TWh Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt werden. Der steigende Strombedarf ergibt sich aus der weiterwachsenden Bevölkerungszahl durch den ungebrochenen Zuzug. Hinzu kommt der zunehmende Bedarf durch immer mehr Wärmepumpen und durch die schrittweise Umstellung auf die Elektromobilität – einschließlich der Elektrifizierung der MVG-Busflotte.

Um die Höhe des Münchner Strombedarfs decken zu können, werden die SWM mit dem Beschluss ermächtigt, ihr Portfolio an erneuerbaren Energien weiterzuentwickeln, fortlaufend zu prüfen und hinsichtlich Risikostreuung, Wirtschaftlichkeit und Regionalität zu optimieren. Zudem soll dazu auch der Anlagenpark ständig erneuert und verbessert werden.

Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung: „Wir freuen uns über diese kraftvolle Bestätigung unserer Ausbauoffensive und über ihre Fortführung nach 2025. Der Beschluss eröffnet eine Perspektive und gibt uns die

notwendige Planungssicherheit. Er konkretisiert eine weitgehende Elektrifizierung von Mobilität und die Wärmeversorgung – eine wichtige Basis, um die Klimaneutralität Münchens bis 2035 zu erreichen. Bei den SWM laufen bereits Vorbereitungen für Erneuerbare-Energien-Projekte nach 2025. Wir sind zuversichtlich, auch die höheren Ziele zu erreichen.“

Weitere Informationen: www.swm.de/energiewende